

**26.01.99**

**Gesetzesantrag**

**der Länder Hessen, Niedersachsen,  
Rheinland-Pfalz**

---

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtskostengesetzes  
und anderer Gesetze**

CHEF DER STAATSKANZLEI  
HESSISCHE STAATSKANZLEI

Wiesbaden, den 21. Januar 1999

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Hans Eichel

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Hessische Landesregierung hat beschlossen, im Bundesrat die erneute  
Einbringung des

Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtskosten-  
gesetzes und anderer Gesetze

beim Deutschen Bundestag gemäß Art. 76 Abs. 1 des Grundgesetzes zu  
beantragen. Die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz hat beschlossen, dem  
Antrag als Mittragsteller beizutreten.

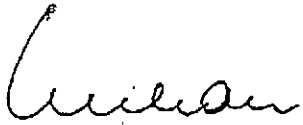
Der Gesetzentwurf entspricht der vom Bundesrat am 26. September 1997 (BR-  
Drucks. 538/97 (Beschluss)) beschlossenen Fassung, die der Deutsche Bundestag  
wegen des Ablaufs der 13. Legislaturperiode nicht beraten hat.

---

Das Land Niedersachsen ist dem o.a. Gesetzesantrag als Mittragsteller beigetreten.

Ich bitte, die Beschlußfassung über den Gesetzesantrag im Bundesrat ohne nochmalige Ausschlußberatung in der Bundesratssitzung am 5. Februar 1999 herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Suchan', with a stylized, flowing script.

Hans Joachim Suchan  
Staatssekretär

**05.02.99**

## **Gesetzentwurf**

**des Bundesrates**

---

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtskostengesetzes  
und anderer Gesetze

Der Bundesrat hat in seiner 734. Sitzung am 5. Februar 1999 beschlossen, den

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtskostengesetzes und anderer  
Gesetze

gemäß Artikel 76 Abs. 1 des Grundgesetzes beim Deutschen Bundestag  
einzubringen.

Der Beschluß hat den Gesetzentwurf in der vom Bundesrat am 26. September 1997  
beschlossenen Fassung zum Inhalt - Drucksache 538/97 (Beschluß). \*)

---

\*) Von einem nochmaligen Umdruck wird abgesehen.